

## Deutschland im Frühjahr 2006:

### Es geht aufwärts – Die soziale Frage kommt voran

Wie schwer die Republik unter der rot-grünen Schröder-Regierung gelitten hat, wird erst so richtig klar, seit Frau Merkel mit ihrer schwarz-roten Koalition angefangen hat, am Standort D ordentlich „durchzuregieren“. Nicht nur, dass die Weltmacht uns wieder lieb hat, seit die beiden Repräsentanten nationaler Eigenmächtigkeit geräuschlos und komplett von der Bildfläche verschwunden sind: Auch im Innern ist der aufkeimende Optimismus überhaupt nicht mehr zu bremsen – fulminante Umfragewerte für das herrschende Kanzlerin/Vizekanzlerpaar sind der Beweis und machen zugleich tüchtig Dampf. Die Nation blickt wieder froh in die Zukunft, seit erstens *die Wirtschaft* – das sind, zur Erinnerung, diejenigen, die sich mit der Arbeit und zu Lasten der Lohn- resp. gehaltsabhängigen Mehrheit im Land bereichern, in den letzten Jahren in besonders stattlichem Umfang – „endlich, endlich wieder“ hoffnungsfroh in die Zukunft blickt und einen IFO-Geschäftsklimaindex nach dem andern in Höhe treibt: Sie rechnet mit einem „besseren Investitionsklima“, der Einzelhandel hofft, dass „der Verbraucher seine langjährige zähe Kaufzurückhaltung“ endlich ad acta legt. Wir freuen uns auf „große sportliche Ereignisse“. Schon die Olympischen Spiele in Turin – und erst recht die Fußballweltmeisterschaft im eigenen(!) Land – werden zweifellos „die Nachfrage nach den neuen Plasma-Bildschirmen in die Höhe treiben“. Das wird der Binnenwirtschaft Wachstumszahlen beschern wie schon seit Jahren nicht mehr. Und nicht nur die Herren des großen Geldes sind sturzzufrieden, sondern zweitens auch die *regierenden PolitikerInnen*: Die „Blockade“ durch einen oppositionellen Bundesrat ist aufgelöst; die Regierungsmehrheit ist überwältigend; die Opposition ist in drei fast gleich große Hälften zerrissen, von denen die größte eigentlich auch für die Kanzlerin ist; es kann „gehandelt“ werden, und es *wird* auch „gehandelt“ – wer will da noch im Einzelnen wissen, für wen und wie und wozu! Das selbstbewusste *Volk*, das mit seinem Wahlverhalten seine „politische Klasse“ vorübergehend in so tiefe Verlegenheit gestürzt hat, jedenfalls weniger: Es ist ganz selbstbewusst *für* die Regierung, von der sich nach wochenlangem Gezerre herausgestellt hat, dass es sich genau die mit mehr als Zweidrittel-Mehrheit gewünscht und herbeigewählt hat. Im Lichte dieses Neubeginns sehen die alten Verhältnisse doch schon ganz anders aus.

\*

Turnusgemäß wird zum Monatsende die offizielle **Arbeitslosenzahl** verkündet: Sie liegt im Januar wieder **über 5 Millionen**. Das ist zwar einerseits bedauerlich, kann aber andererseits die positive Stimmung nicht grundsätzlich trüben. Denn es kommt – wie immer – auf den richtigen Vergleich an: Zwar werden mehr Arbeitslose gezählt als im Vormonat, aber weniger als im Januar letzten Jahres. Außerdem kennt man – wie in jedem Monat auch in diesem Januar 2006 – wieder einmal lauter ganz spezielle einmalige Besonderheiten, die unbedingt bei der Interpretation der Zahlen berücksichtigt werden müssen. In diesem Januar war das z. B. die Tatsache, dass ab Februar 2006 die Laufzeit des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer verkürzt wird. Klar, dass dann die „älteren Arbeitnehmer noch schnell die Chance nutzen und sich in die Arbeitslosigkeit abmelden“ bzw. die Betriebe, die „ihre Belegschaften verjüngen wollen, das eben gerade jetzt zu diesem günstigen Zeitpunkt in die Tat umsetzen“. Entlassungen auf Vorrat finden also statt – so was kennt man, findet man völlig normal und nennt es als Arbeitslosen-Statistiker „Sondereffekt“, der zu berücksichtigen ist. Weniger zu berücksichtigen ist dagegen die Frage, wie man als „älterer Arbeitsloser“ mit „längerem Arbeitslosengeld I“ eigentlich so lebt. Die Aussicht, als Hartz-IV-Empfänger über die Runden kommen zu müssen, ist auf jeden Fall so abschreckend, dass alles

andere schon als Glück gilt. Völlig unerheblich ist auch die Frage, wer die Arbeit erledigt, die die vorzeitig Entlassenen nicht mehr machen – dass das zu Lasten der „Beschäftigten“ geht, zählt nichts im Vergleich zum Glück einer „Beschäftigung“.

Noch so ein „Sondereffekt“ ist auch im heurigen I. Jahresquartal wieder einmal eine Jahreszeit namens „Winter“, die sich Jahr für Jahr überraschend übers Land legt und sich immer wieder von neuem irgendwie verfälschend auf die Arbeitslosenzahl auswirkt: Er bricht entweder zu früh oder spät, zu heftig oder zu mild aus – dann werden die Leute früher oder später entlassen, manchmal auch gar nicht erst eingestellt – und schon hat das unabsehbare Folgen für die Nürnberger Statistik. Im März hätte er doch fast unser aller Begeisterung darüber, dass die Arbeitslosenzahlen endlich, endlich **unter 5 Millionen** gesunken sind, getrübt, weil der übliche Rückgang der Arbeitslosen von Februar auf März geringer ausgefallen ist als in den vergangenen Jahren. Aber wenn man die beschäftigungshemmenden Effekte der extremen Kälte in Rechnung stellt, sieht alles schon wieder viel besser aus.

Das Erklärungsmuster ist altbekannt: Die jeweilige Höhe der aktuellen Arbeitslosenstatistik muss im Lichte spezieller Besonderheiten des jeweiligen Monats gesehen werden – womit dann hinreichend klargestellt ist, dass allein aufgrund der Höhe der Arbeitslosenzahl keine Rückschlüsse auf den Arbeitsmarkt insgesamt möglich sind. Altbekannt ist auch der Rückschluss, der seit Jahren aus steigenden Arbeitslosenzahlen gezogen werden muss: Die Arbeitslosigkeit im Lande muss – entschlossener denn je – mit sinkendem Lohnniveau und „Deregulierung des Arbeitsmarkts“ bekämpft werden. Neu ist in diesem Januar allerdings, dass sich in der demokratischen Öffentlichkeit – außer den notorischen Stänkerern von der Opposition, die das ihrem parlamentarischen Handwerk schuldig sind, – so gut wie niemand findet, der den optimistischen Ausblick madig machen will, den die neuen Hoffnungsträger in der großen Koalition verkünden. Nein, zu diesem Jahresbeginn lassen „wir“ uns nicht die Stimmung durch die Zahlen aus Nürnberg verderben. Denn im Unterschied zum Januar vor einem Jahr mit seiner miesen Stimmung haben wir jetzt zwar kaum weniger – offiziell gezählte – Arbeitslose im Lande, aber diesmal lautet die Botschaft der „Sondereffekte“ ganz eindeutig: Man muss sie nur aus der Statistik herausrechnen, und schon sieht man, dass es „aufwärts geht am Arbeitsmarkt“! Und wem verdanken wir das?!

\*

In der neuen Merkel-Müntefering-Republik ist „**Neoliberalismus**“ **out**; dieses Schlagwort ist eindeutig von gestern. Nicht dass sich seit Münteferings legendärer „Kapitalismus-Kritik“ im letzten Frühjahr im Lande groß etwas geändert hätte. Es vergeht kein Tag ohne Ankündigung von ziemlich massenhaften Entlassungen durch Konzerne, die längst die ganze Welt ihrem Standortvergleich unterziehen. Aber die Miesmacherei, die sich in all dem Gemecker über „Neoliberalismus“ und „Heuschrecken“ geäußert hat, die passt kurz nach Regierungsantritt von Schwarz-Rot nicht mehr in die Landschaft. Stattdessen blüht eine Debatte um die schönste **neue Gerechtigkeit**. Die Koalitionspartner starten nämlich einen Wettbewerb um die „gerechteste Politik“, die die Republik je gesehen hat. Die SPD – so hört man – will sich auf keinen Fall „das Etikett sozial gerecht“ von den Konservativen nehmen lassen. Die C-ler ihrerseits verstehen sich auch aufs Etikettieren: Ihr neuer Generalsekretär Pofalla findet, dass die große Sache der Gerechtigkeit u.U. durch das altbackene Attribut „sozial“ doch eher „eingengt“ wird, und tobt seinen Einfallsreichtum beim Erfinden eingängiger Slogans aus, die nicht nur der großen Gerechtigkeit wirklich gerecht werden, sondern

**Fortsetzung Seite 3, Spalte 3 oben**

## GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahrszeitschrift

### Vortrag mit Diskussion

## Die Moral – das gute Gewissen der Klassengesellschaft

Dass es der Welt an Moral fehle, meint eigentlich ein jeder. Randalierende Jugendliche in den französischen Vorstädten, die die Autos ihrer Nachbarn anzünden, amerikanische Gefängniswärter in Abu Ghraib, Manager, die mit Massenentlassungen den shareholder value ihrer Firmen steigern, bestens versorgte Politiker, die dem gemeinen Mann die Rente zusammenstreichen, akademische Doppelverdiener, die keine Kinder machen und die Kinder von nebenan, die nicht grüßen – lauter Dokumente des umfassenden Mangels an Gemeinsinn, Pflichtgefühl, Menschlichkeit. In diesem Versagen fast aller Mitmenschen vor den Maßstäben des Guten haben die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft die fertige, stets abrufbare und auf alles anwendbare Erklärung für die sozialen und zwischenmenschlichen Ekelhaftigkeiten, die sie erleben müssen. Wären nur alle so tugendhaft und verantwortlich, wie sie sollten, wäre die Welt in Ordnung, und jeder bekäme, was ihm zusteht.

Dass es ihm selbst an Moral fehlt, meint eigentlich kaum jemand. Man hält sich ja an die Gesetze, zahlt Steuern, tut in Beruf und Familie seine Pflicht, über Rücksicht auf andere, engagiert sich manchmal sogar für die Umwelt und spendet für die Armen.

Eigen- und Fremdeinschätzung weichen da ziemlich voneinander ab: Ein jeder sieht sich von Egoisten, Abzockern, Lumpen umgeben und kennt vor allem einen Rechtschaffenen: sich. Das ist nur eine der selbstgerechten Dummheiten des moralischen Bewusstseins, von denen die Rede sein wird. Mit diesem Bewusstsein verstehen sich die Menschen als – wertvolle – Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft und sehen sich zum Wächter über das korrekte Betragen ihrer Mitmenschen berufen. Das selbst bringt jede Menge Feindseligkeit unter die Leute.

Unsere These: Die Welt krankt keineswegs an zu wenig Moral; eher schon an zu viel. Das moralische Denken ist das größte Hindernis für eine objektive Beurteilung der Gesellschaft, der es entspringt, und der eigenen und fremden Interessen, die sie erzwingt.

Der Vortrag zielt darauf, den Zusammenhang von Recht, Gerechtigkeit, Moral, Gewissen und Heuchelei zu erläutern.

**Donnerstag, 04. Mai 2006, 20.00 Uhr**  
**Ex-KOMM, K4 im Künstlerhaus, Festsaal,**  
**Nürnberg, Königstr. 93**

[www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com) / [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de)

## Frankreich: Proteste gegen CPE

### Neue Karriereaussichten für Berufsanfänger – hire & fire bekommt Gesetzesstatus

In Frankreich wächst – wie in allen kapitalistischen Ländern – die Zahl derer, die für Produktion, Verteilung und Verwaltung nicht gebraucht werden. Der Grund dafür ist überall derselbe: Die Produktivität der Arbeit hat – einerseits – derart zugenommen, dass der wachsende Reichtum von immer weniger Menschen entwickelt, produziert und verteilt wird. Für durchschnittlich ein Viertel aller jungen Franzosen, in den Banlieues sogar für mehr als die Hälfte, könnte ein alter Menschheits Traum wahr werden: die Befreiung von der Arbeit „im Schweiß seines Angesichts“, zu der der Mensch vom jüdisch-christlichen Gott nach der Vertreibung aus dem Paradies verurteilt worden sein soll. Könnte – denn andererseits ist das für die Produzenten des Reichtums kein Glücksfall. Im vernünftigsten Wirtschaftssystem aller Zeiten wird dieser Traum zum Albtraum, weil es in dem auf Produktivität eben nur als Mittel und Werkzeug kapitalistischer Rentabilität ankommt: Mehr Reichtum zu weniger Arbeitskosten schaffen zu lassen, heißt das kapitalistische Erfolgsrezept, welches in den europäischen Nationen haufenweise Leute von *Arbeit* befreit, weil deren Anwendung sich für Unternehmer schlicht nicht rentiert. Nicht befreit werden sie damit jedoch vom *Zwang* zur Arbeit, weil die für sie das einzige Mittel bleibt, an Geld zum Lebensunterhalt heranzukommen. Also geht – in Frankreich nicht anders als anderswo – die Produktion von stets wachsendem Reichtum mit der von massenhaftem Elend derjenigen einher, die dafür nicht mehr oder gar nicht erst gebraucht werden und überflüssig sind.

Dieser gesellschaftliche „Bodensatz“ hat sich dem französischen Staat in Gestalt seiner von Einwanderern aus dem Maghreb und anderswoher abstammenden Jugend während der Banlieue-Unruhen Ende letzten Jahres unangenehm bemerkbar gemacht. „Massenhafte Jugendarbeitslosigkeit“ hieß ein Ergebnis der staatlichen Ursachenforschung, und der zu begegnen nimmt die Regierung sich mit ih-

rem neuen Gesetz vor: Sie verspricht den auf dem Arbeitsmarkt „chancenlosen“ Jugendlichen, ihre *Chancen* auf Arbeitsplätze zu erhöhen. Nach haargenau derselben Logik, die auch hierzulande waltet, diagnostiziert man in Frankreich dann, wenn die kapitalistisch rentable Beschäftigung von Leuten unterbleibt, „Beschäftigungshindernisse“ und macht sich daran, sie wegzuräumen. Und wie hier läuft dies auch in Frankreich darauf hinaus, bislang noch bestehende Schutzrechte und rechtliche Ansprüche als die einer erfolgreichen Beschäftigung im Wege stehenden Hindernisse außer Verkehr zu ziehen.

Unter dem bezeichnenden Titel „Gesetz zur Chancengleichheit“ schafft der Staat für die Einstellung von Berufseinsteigern ein Ausnahmerecht. Dessen Kernstück ist der sog. „Ersteinstellungsvertrag“ (CPE) mit der Erlaubnis für Arbeitgeber, junge Beschäftigte bis zum Alter von 26 Jahren innerhalb der ersten zwei Jahre ohne weitere Umstände und ohne jede Begründung zu entlassen: Für die ersten zwei Jahre ist damit Schluss mit der Zumutung für Kapitalisten, sich an lästige Kündigungsfristen halten zu müssen, wenn für ihre Gewinne an Teilen des Personals kein Bedarf mehr besteht. Sie brauchen nicht mehr vor den „prud’hommes“, den französischen Arbeitschiedsausschüssen bzw. -gerichten aufwändig ihr gutes Recht aufs Loswerden der nicht mehr benötigten Leute zu begründen. Und in den ersten beiden Jahren kann es nicht mehr vorkommen, dass ihnen diese staatlichen Instanzen für die Entlassung gewinnmindernde Abfindungszahlungen auferlegen.

Für die Regierung de Villepin ist diese Beseitigung bisheriger Rechte junger Beschäftigter gleichbedeutend mit der Erhöhung ihrer Chancen, einen Job zu bekommen, auch wenn er mit seiner Rechtsänderung nichts anderes tut, als den Unternehmern neue Freiheiten fürs *Entlassen* zu verschaffen. Das Kapital erhält alle Freiheit, je nach Geschäftsverlauf flexibel

**Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben**

## Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

### Das Menschenbild der Pädagogik: Der "homo educandus": Im Prinzip zu früh geboren, aber befähigt, daraus das Beste zu machen

1.

Zweifellos hätte ursprünglich aus dem Menschen schon etwas anderes werden sollen. Was genau, ist nach dem Stand der pädagogischen Forschung nicht unbedingt sicher. Als gesichert aber kann ihr zufolge gelten, dass die Natur unmöglich mit voller Absicht und in Kenntnis aller Folgen einen „hoch organisierten Säuger“ geschaffen hat, der seiner ganzen Gattung bloß Schande macht. Denn wo in ihr überhaupt, und gar nicht bloß bei den Säugern, alles perfekt eingerichtet ist und man nur staunen kann, wie gut und genau ein jedes „Leben“ von Anfang an in „die Welt“ hineinpasst, in die es fällt, kann man über den Menschen beim ersten Hinsehen nur den Kopf schütteln. So sind bekanntlich schon die dümmsten Kälber „Nestflüchter“, dass es eine wahre Freude ist, und machen sich, kaum stehen sie auf ihren 4 Beinen, mit „weit ausgebildeten, leistungsfähigen Sinnesorganen“ auf die Erkundung ihrer näheren Umgebung. Und der Homo? Ist total „unterentwickelt bei der Geburt“, „ohne Hilfe lebensunfähig“, hockt blind, taub und gefräßig im Nest – und scheißt sich zu. Und wo man schon an den aller-kleinsten Walfischen den großen Plan der Natur bemerkt und ihnen genau ansieht, was aus ihnen werden soll und wird – große Walfische nämlich –, ist das letztendliche Ziel eines Säuglings an dem überhaupt nicht abzusehen. Der ist gar „kein verkleinertes Abbild der Reifeform“, mit seinen „ganz anderen körperlichen Proportionen“ im Grunde zum Totlachen. „Nicht einmal aufrecht stehen“ kann er, wo doch gerade seine Gattung für ihren Gang berühmt geworden ist. Ein forschender Blick auf die nähere natürliche Verwandtschaft des Menschen macht überdeutlich, dass ihm so ziemlich alles von dem fehlt, was „echte Säuger“ schon mitbringen, wenn sie auf die Welt kommen und was dafür sorgt, dass sie immer irgendwie wie von selbst in sie hineinpassen. Beim Homo dagegen – so ein pädagogischer Grundgedanke – sind erst einmal nur Defekte auszumachen: Die Krone der Schöpfung ist eine Krücke sondergleichen.

2.

Nun darf man den Geburtsfehler dieses „Mängelwesens“ nicht so auffassen, dass ihm dann eben mit Tasthaaren, Spürnasen oder „ähnlichen körperlichen Ausstattungen einschließlich Instinktapparat“ geholfen wäre und er damit dem Stand der Säuger Ehre machen könnte. Auch Vorschläge, „den Ausbildungsgrad, den ein seiner Art entsprechendes Säugertier zur Zeit der Geburt verwirklichen müsste“ durch eine Verlängerung „unserer Schwangerschaft um ein Jahr“ heranwachsen zu lassen und so mit der Säugerkonkurrenz wenigstens gleichziehen, nutzen gar nichts und gehen an der Sache vorbei: So, wie der Mensch als „extraterreine Frühgeburt“ nun mal beieinander ist, wird aus ihm kein halbwegs brauchbarer Säuger mehr, damit muss er schon leben. Aber wie soll er denn dabei „leben“, d.h. sein „Verhalten in einer artspezifischen Umwelt regeln“ können? Den Uterus, der ihm die dafür im Prinzip geeigneten Hilfsmittel in Gestalt von „Trieben“ und „Instinkten“ angebrütet hätte, hat er nun ja unwiederbringlich verlassen, und in der „Umwelt“ findet sich, wie der Name ja schon sagt, für so etwas so schnell ein Ersatz nicht. Also muss er, „lebensunfähig“, wie er nun einmal so ist von Haus aus, bei sich für den Ersatz für all das sorgen, was ihm fürs Leben fehlt, und zuallererst „lernen, um zu überleben“: Es gilt, will der Homo erst einmal Mensch werden, aus sich und der eigenen „biologisch begründeten Weltoffenheit und Instinkt-Ungesicherheit“ das Beste zu machen – und, man merkt sofort, genau das kann er nicht. Wenigstens nicht von alleine, weil er ja, siehe oben, ein total lebensuntüchtiger Säuger ist. Also muss „Hilfe“ von außen kommen. Und wer anders aus dem Tierreich sollte zu der im Stande sein können als er selbst? – in Gestalt seiner schon fertigen Artgenossen freilich, die es ja irgendwie geschafft haben müssen, hätten sie doch sonst gar nicht für diese missratene Nachkommenschaft sorgen können. Deswegen „gilt prinzipiell für den Men-

schens als biologische Gattung“ das Naturgesetz: „Der Mensch ist das einzige Wesen, das erzogen werden muss“, woraus für „die Erziehung als Tun“ unmittelbar und zwingend folgt, dass sie „auf der naturbedingten Tatsache gründet, dass der Mensch ein erziehungsbedürftiges Wesen ist“.

So stellt sich dann doch heraus, dass man der Natur auch im Falle des Menschen nichts Schlechtes nachsagen kann. Wo sie dem Menschen auf der einen Seite die Geburtsgabe der „Verhaltenssicherheit“ versagt, zwingt sie ihm auf der anderen „ein Tun“ auf, sich den „Halt“ zu verschaffen, der „lebensfähig“ macht. Und das erledigt sie in einer so schlaun Arbeitsteilung, dass letztlich dann doch alle irgendwie ins „Leben“ so hineinpassen, dass sie „überleben“. Das ist der „homo educandus“, der sich durch seinesgleichen selbst dazu verhilft, so zu werden wie die, die ihm dabei helfen. So hat die Natur zwar einerseits versagt, andererseits aber durch die Bereitstellung von Erziehern für Kompensation vorgesorgt; die hat in einer *Eigenschaft* des Mängelwesens ihr Fundament.

3.

Von daher kommt es, dass der Mensch von Natur aus nicht nur erzogen werden muss, sondern dies auch werden kann, „erziehbar“ ist. Dies ist der tiefere Sinn seiner „Weltoffenheit“ und „Ungebundenheit“, denn dass der Mensch von Natur aus *das nicht* mitbringt, womit z.B. ein Kalb so vergleichsweise problemlos eine Kuh wird, heißt ja keineswegs, dass er *nichts* mitbringt: Wie bei unseren benachbarten Gattungen ist nämlich auch „uns eine bestimmte erbliche Ausstattung körperlicher und geistig-seelischer Art mitgegeben“, gewissermaßen die Grundlage des von der Natur erteilten Auftrags, den „homo educandus“ zu dem Erectus & Perfectus zu erziehen, wie wir ihn so kennen. Aber wie schon gesagt: Anders als bei der Antilope oder der Ringeltaube „müssen wir uns diese Erbausstattung ungeheuer breit und plastisch vorstellen“, eher als eine ungeheuer überhaupt nicht bestimmte „erbliche Ausstattung“, welche genau besehen „als solche gar nicht erkennbar ist“. Freilich besteht bloß deshalb überhaupt keine Veranlassung, an ihrem Vorhandensein zu zweifeln. Aus nichts wird schließlich nichts, so dass der „homo educandus“ die Möglichkeiten, sich zum Menschen erziehen zu lassen, jedenfalls schon „mitbringen“ muss. Umgekehrt steht deswegen auch fest, dass es immer und haargenau *seine Möglichkeiten* sind, wenn mit „Hilfe der Erziehung“ die „Erbmöglichkeiten zu Wirklichkeiten werden“: Aus dem ersten erzieherischen Naturgesetz, wonach aus Nichts immer nur nichts werden kann, folgt sogleich das zweite, wonach das, was wird, immer das ist, was werden konnte, weil es möglich war.

4.

So steht vom „homo educandus“ fest, dass er mittels „Erziehung“, die seine Artgenossen erledigen, wesentlich sich selber dient, und zwar dazu, zu einem „fertigen Menschen“ zu werden. Dafür bringt er eigens ein „Entwicklungspotential“ mit und verhilft sich mit und dank seiner „Lernfähigkeit“ auf stets fortschreitender Stufenleiter dazu, der Mensch zu werden, der er werden soll. So wenigstens hat die Natur sich das gedacht. Allerdings: Es steht ja überhaupt nichts darüber fest, was denn nun der Mensch in, mit und durch seine „Erziehung“ wird. „Er selbst“, heißt es. Das ist schon schön gesagt, aber was ist denn der Stoff von diesem „selbst“? Und wer eigentlich ist der „Er“? Was macht denn diese „Fähigkeiten“ aus, die die „Erziehung“ an diesem „selbst“ herauspräpariert und mit denen selbiges dann, wenn es sie hat, gleich alles hat, um „seine Umwelt zu gestalten und sich darin zu entfalten“? Das kann blöderweise so genau keiner nicht sagen, und von vorneherein schon gleich nicht, weil man einem das „Potential“, das er mit seiner Erbmasse mitbringt, im Wesentlichen immer nur anmerkt, wenn was aus ihm geworden ist. So unerschöpflich also der Mensch mit seinen vorab durch nichts beschränkten „Lernfähigkeiten“ daherkommt und so grenzenlos sich

daher auch der erzieherische Auftrag annimmt, aus ihm das Beste zu machen: Bei der „Entwicklung seiner Lernfähigkeit“, also durch seine Erziehung, kommt heraus, dass sein „Lernpotential“ so unbegrenzt doch nicht war.

5.

So stößt ein ganzes „Erziehungswesen“, das ausschließlich mit dem Dienst am „Lernen“ des Educandus befasst ist und aus ihm heraus-holen will, was in ihm steckt, notorisch auf lauter Schranken. Wo die Erzieher mit ihrem von den Zöglingen per Geburt erteilten Mandat, aus ihnen das Beste zu machen, selber ihr Bestes tun und „das Lernen entwickeln“, was das Zeug hält, erfahren sie, dass so gut wie nichts von den Bedingungen, die sie bei ihrem Dienst vorfinden, zu der Absicht passt, mit der sie antreten: Angefangen von der „modernen

Industriegesellschaft mit ihren Leistungsanforderungen“ bis zu den Vorgaben, die den „Rahmen der schulischen Erziehung“ ausmachen, entspricht überhaupt nichts dem „homo educandus“. Nicht einmal er selbst in seinen Anlagen – so ein „konkreter Zweig“ pädagogischer Forschung namens „pädagogische Psychologie“ – entspricht seinem Auftrag, mittels Ausschöpfung all seiner Möglichkeiten von der „Weltoffenheit“ zur „Aneignung der Welt“ zu schreiten. Infolgedessen kann die Erziehung, die aus dem Menschen das Beste machen will, erst einmal gar nicht umhin, dafür das Beste aus den Bedingungen zu machen, die es fürs Erziehen gibt. So folgt aus dem Umstand, dass das Hauptgeschäft des Erziehens einem Schulwesen nun einmal überantwortet ist und „die Entwicklung“ von „Lernfähigkeiten“ dem

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 Mitte

## Semiotik – Grundlagen der Sprachwissenschaft Verpflichtet die Sprache zur Demut?

Wann immer ein Assistent oder Professor in die Semiotik, die Wissenschaft vom sprachlichen Zeichen, einführen will, dann spricht er zu seinen Studenten, benutzt diese sprachlichen Zeichen. Und immer verlässt er sich darauf, dass sie zumindest verstehen und als Vorstellung präsent haben, wovon er spricht, wenn er z.B. über „Sprache“, „Zeichen“, „Gegenstand“ usw. redet und seine Urteile darüber vorträgt. Anstatt aber zu erklären, wie das sprachliche Zeichen beschaffen ist, das diese so selbstverständlich auch in diesem Seminar in Anspruch genommenen Leistungen vollbringt, sind linguistische Einführungsveranstaltungen darauf erpicht, lauter Zweifel in die Leistungen der Sprache zu säen. „Seit der Antike“, so die Behauptung, versuche die Wissenschaft ein Phänomen zu ergründen, von dem man mittlerweile nicht mehr so recht wisse, ob es überhaupt existiert.

„Ist ein Zeichen nur ein Name für eine Sache, nur ein Aufkleber? Wie sieht es mit dem Wahrheitsanspruch von der Sprache aus? Gibt es einen Zusammenhang von Sprache und objektivem Gegenstand?“

Die erste Frage ist scheinbar harmlos und leicht zu beantworten. Ja, sprachliche Zeichen sind wohl Namen für eine Sache, wie immer diese beschaffen sei. Nur: Namen sind keine Aufkleber an der Sache und auf ihre dingliche Existenz angewiesen. Namen halten die Vorstellung des Gemeintem im Kopf fest: Sie hält den allgemeinen Charakter der Sache fest, der dieser oder jener besonderen Existenz gleichermaßen zukommt. Sie ist auch dann im Bewusstsein präsent, wenn der benamste Gegenstand nicht als vom Subjekt getrennt existierende Sache wahrgenommen wird. Weil das so ist, ist die Frage, ob es einen Zusammenhang von Sprache und objektivem Gegenstand gäbe, abgeschmackt. Semiotiker wollen offenbar auf folgende falsche Alternative hinaus: Entweder klebt „Tisch“ an jedem solchen, oder man weiß nie so recht, was „Tisch“ benennt. Um diese Alternative zu denken, muss man dem sprachlichen Zeichen seinen Vorstellungsinhalt nehmen und es als bedeutungsloses Bezeichnungsmittel denken. Dann, aber auch nur dann, wäre mit dem sprachlichen Zeichen gar nicht bestimmt, wovon es Zeichen ist. Dann müsste zwischen Zeichen und Sache erst ein „Zusammenhang“ hergestellt werden, damit es Bestimmtes bezeichnet. Und ein solcher Zusammenhang von bedeutungslosem Zeichen und x-beliebiger Sache wäre in der Tat rein äußerlich und von Mensch zu Mensch verschieden, eine Frage des Zufalls eben. Bloß: Wenn erst das Deuten auf die Sache das Zeichen an sie bindet, dann sind Zeichen so überflüssig wie ein Kropf. Der Zeigefinger müsste die Sprache ersetzen. Mit dieser falschen Vorstellung, das sprachliche Zeichen habe seine Bedeutung immer erst im Zuordnen zu einer Sache, wird ein „Wahrheits“-Problem in der Sprache konstruiert:

„Wenn das menschliche Kategorisieren das einzige ist, muss man sich auf Wahrheit einigen. Das ist eine gefährliche Position: was, wenn man sich nicht einigt? Für die gleichen Gegenstände gibt es verschiedene Benennungen; sie verdanken sich gesellschaftlichen Konventionen. Und schließlich: Ist der Mensch überhaupt das Maß aller Dinge? Was ist überhaupt ethisch wertvoll?“

Zunächst wird ein Beispiel für die angebliche Ungewissheit der Bedeutung sprachlicher Zeichen angeführt: Für gleiche Gegenstände gibt

es verschiedene Benennungen. Das Faktum stimmt, doch widerlegt gerade die Kenntnis dieses Umstands die Theorie von der Ungewissheit aller Bedeutung: Man muss nämlich die Bedeutung all der verschiedenen Benennungen jeweils verstanden haben und sich deshalb gewiss sein, dass sie *dieselbe* Vorstellung bezeichnen, um sie als Synonyme, als Worte, die dasselbe nur unterschiedlich bezeichnen, zu identifizieren. Gleiches gilt etwa für Fremdsprachen, bezüglich derer die Semiotiker freilich genau denselben Fehler wie bei der Bestimmung der Synonyma machen – und im Vollzug ihrer Theorien und ihres Wissenschaftsbetriebes dauernd dementieren. Denn flott übersetzen deutsche, amerikanische und französische Semiotiker ihre Auslassungen über Sprache in solche über language oder langue und wieder zurück, und streiten sich über die jeweiligen Urteile bzw. Theorien über die Sprache – ganz sicher, über denselben Gegenstand zu disputieren.

So geben sie gleich auch noch zu erkennen, dass nicht Bezeichnungen, in diesem Fall die jeweils landesüblichen, sondern nur die *Urteile* über die Sache strittig sind. Wann immer Wissenschaftler entdecken, dass sie sich bloß sprachlich missverstanden haben, dass sie also über Verschiedenes und deshalb aneinander vorbei reden, hört der Streit prompt auf.

Aber nicht nur die linguistische Zeichentheorie ist falsch, sondern auch die daraus gefolgerte Wahrheitsproblematik: Die Sprache ist nicht daran schuld, dass Semiotiker nichts Rechtes über sie wissen (wollen).

Es ist zwar falsch, doch es macht einen Sinn, wenn bei der „Wahrheits“-Problematik das bloße sprachliche Bezeichnen einer Vorstellung mit dem Urteilen über eine Sache verwechselt wird. Klar, wenn schon nie gewiss sein kann, worüber geurteilt wird, darf keiner behaupten, seine Urteile seien wahr. Mit dieser absoluten Skepsis wird auch noch die in der Wissenschaft gebräuchliche Ersatzbrücke für Wahrheit und Objektivität, die „intersubjektive Einigung“ der Wissenschaftler verworfen. Ohne dass seine Beweise geprüft würden, wird der Wissenschaftler vom Semiotiker zur Bescheidenheit im Denken verdonnert, der seinerseits mit erklärtermaßen beschränkter Haftung den letzten Käse z.B. über Sprache und Denken behaupten darf. Ferner: Wenn schon prinzipiell nicht sicher zu ermitteln ist, was eine Sache ist, darf schon gleich niemand meinen, er könne beurteilen, ob eine Sache seinen Interessen zu- oder abträglich, ethisch gesprochen „wertvoll“, ist. Die Skepsis gegen die Sprache dient also zur Begründung einer antimaterialistischen Haltung, auch wenn nicht gleich in jedem Seminar die Moral von der Geschichte so explizit gepredigt wird wie von einem Herrn Prof. Dr. Wildgen:

„Plato hat noch das Ideal eindeutiger Zuordnung von Bezeichnetem und Bezeichnendem gelehrt. Danach gab es aber eine Vertreibung aus dem Paradies... Die Übermütigkeit des Menschen aber ist zu bremsen. Es darf kein Turmbau zu Babel stattfinden. Demut ist zu erlernen.“

**Sozialistische Gruppe  
Erlangen Nürnberg (SG)**  
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen  
[www.sozialistischegruppe.de](http://www.sozialistischegruppe.de)  
E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

### NEUE KARRIEREAUSSICHTEN...

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

ein- und auszustellen, und es kann beim Neueinstellen auch gleich wieder dasselbe Personal verwenden, das es erst neulich entlassen hat: Zwischen demselben Unternehmer und demselben Beschäftigten kann nach Artikel 3,3 des Gesetzes ein solcher Vertrag nach einer Frist von drei Monaten nach Kündigung des ersten erneut geschlossen werden. So ist die Jugend der Grande Nation in ihrem Schaffensdrang endlich nicht mehr durch arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen eingeschränkt und kann sich als Manövriermasse der französischen Reichtumsproduktion verwirklichen. Bei einem Arbeitslohn, dessen Bezug von vornherein nicht auf Dauer und Verlässlichkeit angelegt ist, kann sie schauen, wie sie mit ihrem Savoir vivre damit zurechtkommt, dass die sehr verlässlich anstehenden Lebenskosten damit nicht auf die Reihe zu kriegen sind. Die Regierung malt diese Chancen in rosigem Licht: In den Augen von Arbeitsminister Gérard Larcher erhält die Jugend durch den neuen Vertrag „einen haltbaren Einstieg“ ins Berufsleben (Libération, 9.2.). Statt in der „Falle beruflicher Unsicherheit“ zu versauern, wird der proletarische Nachwuchs „eine Beschäftigungskarriere starten“, meint Regierungschef de Villepin. Eine wunderbare Karriere! In der werden sich dann Phasen mit kurzfristigen Gelegenheitsjobs und saisonalen Beschäftigungen abwechseln mit Perioden der Jobsuche und des Bezugs staatlicher Alimentierung. Da bei diesem modernen Berufsbild eines Patchwork-Arbeiterlebens schließlich auch Anwartschaften für den Bezug von Sozialleistungen und Rentenansprüche ziemlich ausgedünnt werden, stehen die Lebensperspektiven der nachrückenden Arbeitermannschaft fest: Die Karriere in prekären Arbeitsverhältnissen, die mit Zeiten der Beschäftigungslosigkeit abwechseln, endet dereinst in Altersarmut.

Das Angebot der französischen Regierung an die Jugendlichen besteht so darin, sie anders als bisher unter dem Gesichtspunkt ihrer Brauchbarkeit fürs Kapital zu sortieren: Damit Arbeitgeber nicht von vornherein Jugendliche ablehnen, denen gegenüber sie Vorbehalte haben, ob sie denn auch wirklich so willig sind und sich alles bieten lassen, wird ihnen die Möglichkeit eröffnet, sie im Job zu überprüfen. Sie sind der dauernden Drohung ausgesetzt, bei der geringsten Unbotmäßigkeit oder was ein Arbeitgeber dafür hält, entlassen zu

### IM PRINZIP ZU FRÜH GEBOREN...

Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4 oben

Maßstab eines Leistungsvergleichs unterworfen ist, an dessen Ende die Noten stehen, die einer dann hat, einerseits, dass „Lernen“ dann wohl nicht anders geht – „Wer nicht bestimmten Leistungsanforderungen ausgesetzt wird, kann im Grunde gar nicht wissen, was er eigentlich lernen soll.“ Andererseits ist natürlich bei jeder Note schwer die Frage, ob die „Lernfähigkeit“, die mit ihr beurteilt wird, nun wirklich die des Educandus ist und war – so dass die mit „einer ständigen Zensurbeurteilung“ ermittelten amtlichen Endergebnisse in Sachen „Lernen“ & „Lernfähigkeit“ erzieherisch gesehen im Grunde immer nur vorläufig sein können. Nichtsdestoweniger sind es aber eben doch schon ziemlich endgültige Befunde darüber, was aus der „Entwicklung“ „des Lernens“ in den diversen Einzelfällen geworden ist. So dass zwar erzieherisch gesehen die Frage schon ist, ob sie den Planvorgaben entsprechen, die „eine Entwicklung der Lernfähigkeit beim Kind“ so mit sich bringt, letztlich aber der Dienst am „homo educandus“ an ihnen doch nicht vorbeigehen kann: „Da das Leben unausweichlich nur jedem Misserfolge bereithält, muss die Erziehung auch darauf vorbereiten“, und je früher und je mehr sich mehrheitlich bei den Educandi die Vermutung erhärtet, die Grenzen ihrer „Leistungsfähigkeit“ wären in etwa erreicht, desto sorgfältiger achten ihre Erzieher darauf, sie von weiteren „Misserfolgen“ auf Dauer zu verschonen. Stattdessen konzentrieren sie ihre Bemühungen ganz auf jene Minderheit, die mit ihren guten Noten wenigstens gezeigt hat, dass in ihr schon noch einiges an „Entwicklungspotential“ steckt.

So bekommt letztlich dann doch jeder educandus genau die und genau so viel an „Erziehung“, wie es ihm und den Fähigkeiten entspricht, von denen er Gebrauch gemacht hat. Ob das aber nun wirklich „seine Fähigkeiten“

werden. Nicht schon vor ihrem ersten Job, sondern durch ihn soll der proletarische Nachwuchs in Frankreich nach dem Kriterium seiner kapitalistischen Brauchbarkeit durchgemustert werden, das ist die großartige erste Chance, die der Staat ihm eröffnet.

Kein Wunder, dass sich die Betroffenen aufregen und zum Ausdruck bringen, dass ihnen das zu weit geht. Kein Wunder auch, dass vor allem diejenigen unter 26 aufgebracht sind, die bislang noch mit einer Anstellung rechnen konnten, weil sie nicht zu den ausländischen oder den Banlieue-Jugendlichen zählen.

Sie erkennen in der Abschaffung bisheriger Schutzrechte eine drastische Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und wenden sich mit Demonstrationen, aber auch mit massiven Störungen und Zerstörungen gegen den Staat, der ihnen das einbrockt. „Das geht zu weit! Das lassen wir uns nicht gefallen! Dieses Gesetz muss weg!“, so lautet erstmal der im ansonsten sozial dermaßen befriedeten Europa erfreulich ungewöhnliche Impuls ihres Auftretens. Freilich fällt schon auch auf, dass der Protest in all seiner Radikalität in einer entscheidenden Hinsicht eben doch nicht so radikal ist: Gegen den Grundsatz, dass in einer kapitalistischen Marktwirtschaft Stellen einfach nur zu haben sind, wenn sie sich für einen Unternehmer lohnen, hört man keinen Einwand. Nicht die Produktion eines Reichtums, der auf Kosten seiner Produzenten geht, ihren Lebensunterhalt davon abhängig macht, dass sie sich für eine kapitalistische Geldrechnung nützlich machen, sie andernfalls eben gar nichts haben, von dem sie leben könnten: nicht diese in der Rechnungsweise der kapitalistischen Kalkulation systemgemäß verankerte Erpressung ist für die Demonstranten der Skandal. Für skandalös befinden sie leider nur, dass ihr Staat der kapitalistischen Erpressungsmacht mit einem Gesetz Freiheiten eröffnet, die sie bis gestern noch nicht hatte: Dass sie im ersten Arbeitsvertrags ihres Lebens ungleich behandelt werden sollen; dass der Patron ihr vermeintliches Recht als freie Personen missachten darf, wenigstens einen Grund für eine Entlassung erfahren zu dürfen, das empört sie zutiefst. Und so fühlen sie sich berechtigt, die Tagesordnung der Republik mal für ein paar Tage außer Kraft zu setzen.

Die wöchentlichen Analysen der Redaktion des GegenStandpunkt in Radio Lora können nachgelesen werden unter:

[www.gegenstandpunkt.de/radio/gsr2006.htm](http://www.gegenstandpunkt.de/radio/gsr2006.htm)

waren und ob der Educandus nun wirklich mit der „Bildungsstufe“, auf der er sich bei Abschluss der erzieherischen Bemühungen versammelt, das Beste aus sich gemacht hat – das steht nun überhaupt nicht fest und ist der Grund, weswegen Erzieher auch dem Erziehenden „immer unzufrieden“ gegenüber treten, mit dem sie fertig sind.

### 6.

Dennoch: Obwohl „die Erziehung“ ihrem Auftrag immer nur unvollkommen entspricht, hat doch letztlich jeder, der erzogen ist, alles Nötige, um „sowohl sich selbst als auch seine Beziehungen zur Welt in Ordnung zu bringen“. Denn – und hier zeigt sich erneut der weise Plan der Natur, die ja kein Leben in eine Welt entläßt, in die es nicht passt – ganz ohne dass beim Erziehen jemand darauf besonders geachtet hätte, entspricht das, was der fertig erzogene Mensch ist, ziemlich genau den „Anforderungen“, die von „seiner artspezifischen Umwelt“ an ihn ergehen: Ein Volksschulabgänger zum Beispiel wird in der „modernen Industriegesellschaft“ gar nicht mit Ansprüchen konfrontiert, die ihn zweifellos überfordern würden, sondern findet in eigens für ihn eingerichteten Arbeitsplätzen das für seine „Fähigkeiten“ maßgeschneiderte Betätigungsfeld. Umgekehrt haben zum Beispiel die mit höheren Bildungsabschlüssen gezeigt, dass in ihnen das steckt, was es für ein erfolversprechendes Tragen von mehr beruflicher Verantwortung braucht – und gerechterweise sind für sie die entsprechenden Tätigkeiten reserviert. So zeigt sich nicht nur am Anfang, sondern auch am Ende seiner „Erziehung“ die „Ausnahmestellung, die der Mensch gegenüber dem Tier“ besitzt: Erst zu früh geboren, und dann nahtlos die „Selbstwerdung“ zum Lebenskünstler der Klassengesellschaft hingelegt – das schafft wirklich nur der „homo educandus“.

(Zitate: A. Gehlen; H. Giesecke; P. Humboldt; I.Kant; Th.Litt; J.Piaget; A.Porimann)

### ES GEHT AUFWÄRTS – DIE SOZIALE FRAGE..

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 unten

dem die man auch noch vorwärts wie rückwärts lesen kann: „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“; eventuell auch „Mehr Freiheit durch neue Gerechtigkeit“; oder – auch nicht schlecht – „Neue Freiheit durch mehr Gerechtigkeit“; ersatzweise: „Mehr Gerechtigkeit durch neue Freiheit“ – irgendwie so was hat er jedenfalls seiner Partei verordnet. Kein Zweifel, wem wir das verdanken!

\*

Kaum im Amt, hat sich die neue Regierung einen Geniestreich ausgedacht: Mit **Steuerpolitik** gleichzeitig **Familie** und **Arbeitsmarkt** fördern, heißt die Parole!

Dass die deutsche Familie gefördert werden muss, ist klar. Denn das deutsche Volk ist bekanntlich vom Aussterben bedroht. Es braucht demzufolge Kinder, Kinder; „Kinder statt In-der“; und es braucht vor allem Kinder aus den besseren Kreisen. Denn gerade die akademisch Gebildeten versagen in Sachen nationaler Nachwuchsproduktion. Dabei sind Deutschlands Akademiker dafür vorgesehen, die Zukunft der Nation zu sichern. Das machen sie am besten, indem sie erstens an sauinovativen Arbeitsplätzen das Wirtschaftswachstum voranbringen und zweitens nebenher noch jede Menge hochintelligenter Kinder in die Welt setzen. Dazu muss man sie befähigen durch staatliche Unterstützung in Form von Steuererleichterungen. Und damit diese Steuererleichterungen auch so richtig die Konjunktur ankurbeln und – vor allem – Arbeitsplätze schaffen, muss man nur die Familie konsequent als Arbeitsplatzbeschaffungs-Instrument ins Auge fassen – und schon ist ein großer steuerfamilien-arbeitsmarkt-politischer Wurf gelungen: Steuererleichterungen für Doppelverdienner, die sich für ihre Kinderbetreuung zukünftig nicht mehr schwarz bezahlte Haushaltshilfen leisten sollen, sondern „sozialabgabepflichtige Stellen im haushaltsnahen Bereich“ schaffen. Die Wiederauferstehung des Hauspersonals der besseren Leute der „guten alten Zeit“ als Lösung der Probleme des kapitalistischen Arbeitsmarkts; der Bourgeois als Privatmann nimmt dem globalisierten Kapitalismus die Arbeitslosen ab – so sieht die modernste Fassung unserer glorreichen „Dienstleistungsgesellschaft“ aus. Nebenbei kommt so dann auch die Frauenemanzipation schön voran: Die besser bezahlte Mutti kann sich voll ihrer Karriere widmen, und die mies bezahlte Dienstkraft im Haushalt bringt nicht nur Beiträge für die Sozialkassen, sondern zählt endlich auch ganz legal als berufstätige Frau.

Dieser wunderbare Plan lässt sich dann doch nicht ganz so wie ursprünglich geplant in der Koalition durchsetzen. Die Sozis vermissen ihr unverwechselbares „Etikett sozial gerecht“ und verlangen „Berücksichtigung der schlechter verdienenden Alleinerzieher“; etliche Herren von CDU und CSU, denen Karrierefrauen schon seit jeher suspekt sind, sehen ihr „klassisches Frauen- und Mutterbild“ vor die Hunde gehen. Der Kompromiss, der gefunden wird, ist genau so genial wie der ursprüngliche Einfall: Alle „Familienmodelle“ kommen zum Zuge. Alleinerziehende Alleinverdienender, doppelt verdienende Akademikerpaare und die „klassische Alleinverdiener-Ehe“ im CSU-Sinn, alle können ein Dreiviertel Kind oder so ähnlich von der Steuer absetzen – immer vorausgesetzt, dass sie überhaupt Steuern zahlen –, ohne dass sich an der Gesamtsumme, die der neue Finanzminister für dieses großherzige Projekt eingeplant hat, etwas ändert. Dass durch dieses steuerpolitische Kunstwerk der Familienförderung die nationale Nachwuchsproduktion einen deutlichen Aufschwung nehmen wird oder gar eine nennenswerte „Belebung des Arbeitsmarktes“ zustande kommen könnte, halten alle Experten für ausgemachten Quatsch. Dass die dafür vorgesehene Fördersumme von knapp einer halben Milliarde Euro ein Witz ist, haben sie längst an den mickrigen Summen vorgerechnet, die die durchschnittlichen Musterfamilien als Steuerentlastung zu erwarten haben. Alle Kenner der Materie sind sich einig: Hier handelt es sich um „Symbolpolitik“. Doch dieses Schimpfwort aus der verflornten Schröder-Ära bekommt jetzt ein positives Vorzeichen: Ein wichtiges Signal wird gesetzt, wo die sozialen Brennpunkte unserer „überalterten Gesellschaft“ liegen. Und wem haben wir das zu verdanken?!

\*

Auch in der **Rentenfrage** geht es zügig voran. Die Experten der Rentenversicherungen haben ausgerechnet, dass nicht nur das durchschnittliche Lohnniveau im Lande gesunken ist, sondern wegen der vielen innovativen Arbeitsplatzschaffungs-Instrumente, wie Mini- und Ein-Euro-Jobs, auch die gezahlte Lohnsumme insgesamt. Da die als Basis der Berechnung der aktuellen Rentenzahlungen dient, müssten die Renten – streng versicherungsmathematisch betrachtet – im gleichen Maße wie die im Jahr 2005 gezahlten Nettolöhne sinken. Dokumentiert wird mit dieser schönen Rechnung nichts anderes als die zunehmende Verarmung der arbeitenden Bevölkerung in den letzten Jahren; aber das hält niemand für einen Skandal; und die Folgen für die Rente gelten eher als ein naturwüchsiger Sachzwang, den uns „ein demographisches Rentenproblem“ beschert hat. Hier ist die SPD mit ihrem unverwechselbaren „Etikett sozial gerecht“ gefragt. Deren Arbeitsminister Müntefering macht sich auch sofort seine durch und durch sozialen Gedanken und findet die Lösung: Er kündigt eine Reihe von nominellen Nullrunden – also faktischen Rentensenkungen – für Rentner mit der freudigen Botschaft an: „Die Rente wird nicht gekürzt!“ Sie wird nur – falls in Zukunft irgendwann einmal die nationale Lohnsumme wieder steigen sollte – auch nicht erhöht. Was also jetzt nicht gekürzt wird, wird später nicht erhöht – so viel soziale Gerechtigkeit muss einfach sein!

Und da er gerade schon beim Rentesichern ist, macht Müntefering gleich weiter und propagiert – unerschrocken gegen Gemosere aus den Reihen der CSU und Unzufriedenheit von Teilen seiner eigenen Partei – die beschleunigte Einführung der Erhöhung des Renteneintrittsalters. Im Koalitionsvertrag hieß es noch: Rente erst mit 67 Jahren, das sollte – sukzessive eingeführt – in 24 Jahren gelten. Im Arbeitsministerium meint man, das dauert zu lange, und schlägt vor, die Sache in 12 Jahren perfekt zu machen. Denn, so Müntefering: „Die Regierung ist schließlich nicht fürs Warten, sondern fürs Handeln gewählt worden.“ Die Koalition handelt, ihr glorreicher Kompromiss lautet: In 18 Jahren ist es soweit. So mag das Wahlvolk seine Führung: Entschlossen, ohne lange zu fackeln und unnötige Parteidiskussionen zu inszenieren, wird ein Beitrag zur Altersarmut in die Wege geleitet, der dem geneigten überalterten Volk mit dem Tenor zum Abnicken vorgelegt wird: „Mit 65 gehört man noch lange nicht zum alten Eisen!“ Natürlich weiß jeder: es geht schlicht um Rentenkürzungen und nicht darum, den „reichen Erfahrungsschatz altgedienter Mitarbeiter nicht verkümmern“ zu lassen. Entsprechende Einwände werden durchaus laut; es wird darauf hingewiesen, dass über 50jährige in modernen Belegschaften sowieso kaum noch zu finden sind und als Arbeitslose so gut wie keine Chance haben, einen Job zu finden. Das kann die Zuversicht von Müntefering und Co. aber keineswegs trüben; über solches Genörgel geht die Regierung offensiv hinweg. Es gilt nämlich „nach vorne zu denken“: „Beschäftigungshindernisse für ältere Arbeitnehmer“ müssen zapackend aus dem Weg geräumt werden, mit der Kürzung der Bezugsfristen des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose ist man da schon auf gutem Wege; zu tun bleibt noch einiges beim Abbau des „Kündigungsschutzes für ältere Mitarbeiter“. Und wenn dann immer noch einer moiert, dann kann man gar nicht oft genug darauf hinweisen, dass „wir Deutschen immer kürzer arbeiten und immer länger leben!“ Das kann ja wohl auf Dauer nicht gut gehen – das nutzt niemandem, schon gar nicht „unseren vielen älteren Mitbürgern“, die – „erfreulicherweise, selbstverständlich“ – immer älter und dadurch – „seien wir ehrlich“ – zu einem „für die Gesellschaft immer ernsthafteren Problem“ werden. Das verspricht die Merkel-Regierung jetzt noch entschlossener anzugehen als ihre rot-grünen Vorgänger, so will sie den Alten und deren Lebensabend dienen – und wie der kapitalistische Laden läuft, ist dieser Zynismus sogar die Wahrheit: Die Rente bleibt insgesamt sicher; ob man davon leben kann, ist eine andere Frage und fällt ganz in die Selbstverantwortung des mündigen Bürgers. Mehr ist nicht drin und auch nicht versprochen – und angesichts dessen, dass für die „jungen Arbeitnehmer von heute“ für die Zukunft schon jetzt noch

**Fortsetzung Seite 4, Spalte 4 unten**



## Ein Grundsatzstreit um ein paar Karikaturen:

# „Meinungsfreiheit und Aufklärung gegen Fanatismus und religiöse Intoleranz“

Eine Riesenaufregung und Randalen mit Toten in der islamischen Welt – bloß wegen ein paar Karikaturen in einer dänischen Zeitung? Und hierzulande sollen gleich die Grundprinzipien der Aufklärung, der demokratischen Weltordnung und der europäischen Völkersolidarität auf dem Spiel stehen, wenn das Erscheinen der Karikaturen behindert wird?

### 1.

Diese Karikaturen drücken eine einfache politische Botschaft aus. In den Worten der „Süddeutschen Zeitung“:

„Die Botschaft war klar: Der islamistische Terror ist nicht die Tat radikaler Abweichler. Die Terror-Ideologie – das ist die Religion selbst. So wird der Religionsstifter Mohammed zum Oberterroristen.“ (SZ, 11.2.06)

– Worüber sich die Muslime aufregen, das ist der politische Standpunkt, den die Karikaturen veranschaulichen. Diesen Standpunkt nehmen die weltpolitisch maßgeblichen Nationen im Verhältnis zur arabisch-islamischen Staatenwelt sowie im Umgang mit ihren aus diesen Ländern zugewanderten Minderheiten ein. Was die Region zwischen Marokko und Indonesien, insbesondere die von den USA dort identifizierten „Schurkenstaaten“ Iran und Syrien, betrifft, so haben die transatlantischen Verbündeten sich bekanntlich dazu entschlossen, genau hier und an diesen Nationen eine „neue Weltordnung“ durchzusetzen. Daher haben sie sich vorgenommen, nicht nur die mit bestem religiösen Gewissen operierenden Terroristen und Widerstandsgruppen niederzumachen, sondern auch den Völkern, aus deren Mitte heraus diese Terroristen und Widerstandsgruppen entstehen, eine neue politische Kultur beizubringen. Diese Völker dürfen kein Vertrauen mehr in religiöse Autoritäten und Führer setzen, sie haben stattdessen die Sitten, die in der modernen kapitalistischen Erwerbungs-gesellschaft und in der Demokratie herrschen, als die für sie verbindlichen anzuerkennen und sich ihnen praktisch zu unterwerfen. Nicht nur die weltpolitische Ausrichtung, sondern auch die vom Islam legitimierte innere Verfassung dieser Nationen soll korrigiert werden, und das wird erpresserisch, notfalls auch gewaltsam durchgesetzt. Das haben die meisten Karikaturisten von *Jyllands-Posten* verstanden: Sie illustrierten die in der westlichen Sicherheitspolitik enthaltene *Ächtung* der vom Islam inspirierten Geistes- und Lebenshaltung, die vom demokratisch-marktwirtschaftlichen Rechts- und Verhaltenskodex abweicht. Bloß um einen Scherz über religiöse Borniertheit handelt es sich da keineswegs – den hatten sich die Auftraggeber ja auch nicht bestellt.

– Der Verdacht auf eine Sympathie mit islamistischen Terroristen trifft auch die Menschen, die aus den „Problemstaaten“ in die europäischen Metropolen des Welt-Kapitalismus abgewandert sind. Sie werden verdächtigt, aufgrund der „Prägung“ durch die Kultur ihres Herkunftslandes ein Störfaktor in „unserer westlichen Zivilisation“ zu sein. Zur Bebilderung deutet man auf ihre abweichenden religiösen Sitten, womit man den Verdacht belegt, die Einwanderer seien mit ihrem Gefühl und Verstand immer noch nicht ganz und gar in der neuen Heimat „angekommen“, ließen es also an der Loyalität fehlen, die die hiesigen Staatsgewalten bei ihren Eingeborenen von Haus aus unterstellen.

### 2.

Die Karikaturen waren nur ein Anlass für die empörten Reaktionen in der islamischen Welt. Der Grund des moralischen Aufruhrs liegt im dortigen Feindbild vom „Westen“: Der gilt dort als gottlos, dekadent, dabei materiell überlegen und deswegen so unerschütterlich arrogant. Damit erklären sich Muslime die desolaten Lebensbedingungen in ihren Ländern, die sich aus der Unterordnung unter den Weltmarkt ergeben, der von diesem „Westen“ kommandiert wird:

– Da wird ihnen der Reichtum der kapitalistisch erfolgreichen Nationen als Maßstab vor Augen geführt und gleichzeitig vorenthalten; – der Mehrheit, insbesondere der Jugendlichen, wird der Status von kapitalistisch Nutzlosen, also einer „relativen Übervölkerung“ des Erdballs aufgezwungen.

– Sie scheitern – in den dem Westen zugewandten islamischen Staaten – mit ihren Interessen an ihrer mehr oder weniger pro-westlichen Herrschaft oder

– sie leiden – in den „Schurkenstaaten“ –, nach Aussage ihrer eher anti-westlichen Herrschaft gemeinsam mit der, unter den Machenschaften des imperialistischen Auslands.

Das legen sich die Betroffenen als Verstoß gegen die Ehre zurecht, die sie in ihrer Eigenschaft als Angehörige einer großartigen, vom Allerhöchsten als sein Fußvolk auserwählten Gemeinschaft im Leibe haben. Dazu kommt bei etlichen Völkern noch die Erinnerung daran, in praktischen Emanzipationsversuchen gegen westliche imperialistische Mächte immer den Kürzeren gezogen zu haben. So ist der politische Wille, es zu einer weltpolitisch respektablen und auch vom „Westen“ als ebenbürtig respektierten arabischen oder sogar über Arabien hinausgreifenden gesamt-islamischen Macht zu bringen, ins Reich der frommen Einbildung verwiesen und, soweit noch aktiv, in den terroristischen Untergrund abgedrängt worden. Mittlerweile sind Teile dieser islamischen Region – Afghanistan, Irak – vom „Westen“ militärisch besetzt, anderen sind Entmachtung und „Regimewechsel“ nach dem Vorbild dieser beiden Länder angesagt.

Das alles zusammengenommen, ergibt eine Menge Gründe von Feindschaft gegen eben diesen „Westen“. Dass Leute mit einem religiös aufgeladenen Stolz das konfrontative Vorgehen des „Westens“, nicht zuletzt auch gegen ihre überkommene fromme Lebens- und Denkungsart, als „Kreuzzug“ gegen ihr Allerheiligstes auffassen, ist zwar daneben. Das unterscheidet sie aber nicht besonders von der Moral der imperialistischen Nationen, die ihnen unbedingt ihre antiwestlichen Neigungen abgewöhnen und die Freiheit bringen wollen. Was sie vielmehr von denen unterscheidet, ist ihre Machtlosigkeit, die offenbar wird, wenn sie die Beleidigung ihres Propheten in westlichen Gazetten zum Anlass für einen „gerechten Gegenschlag“ nehmen: Ihre Feindschaft toben sie in ohnmächtiger Wut an *Sinnbildern* des verhassten „Westens“ aus. Die Völker des „Westens“ dagegen können sich, was die notwendige Gewalt zur Förderung der imperialistischen Bedürfnisse ihrer Nationen betrifft, getrost auf die Erpressungsmacht und die Gewaltapparate ihrer Herrschaften verlassen. Und für die nötige moralische Erregung über falsche Regierungen und verkehrt gepolte Volksmassen haben sie die Profis von der „4. Gewalt“.

### 3.

Die verstehen ihr Geschäft mindestens so gut wie die militanten Volkserzieher in den islamischen Ländern das ihre: Sie interpretieren den Aufruhr als einen einzigen Angriff gegen einen ihrer Höchstwerte, die *Meinungs- und Pressefreiheit*, ja „die Freiheit“ überhaupt und blasen zum publizistischen Gegenangriff. Sie füllen ihre Organe mit Bekenntnissen, dass „bei uns“, in der abendländischen Werteordnung, die Freiheit der Presse ungefähr an den Platz gehört, auf dem die islamischen Fanatiker ihren Propheten sehen wollen, und klären ihre Leserschaft auf, wes Geistes Kind die Muslime seien: Mit ihren wütenden Protesten entlarve sich die aufgeputzte islamische Welt resp. deren Agitatoren als fanatische Feinde der Freiheit; sie disqualifizierten sich als Gegner von Werten, die die freie Welt schon längst für global und allgemein verbindlich erklärt hat; sie widersetzten sich dem freiheitlichen Konsens der modernen Völkerfamilie – und bestätigten damit genau den Korrekturbedarf, den die USA schon seit längerem angemeldet haben und dem sie mit ihrer Demokratisierungs-Initiative kompromisslos und tatkräftig nachkommen: Den Jüngern Mohammeds gehört die Meinungsfreiheit beigebracht.

Dieser fulminante Einsatz für den Universalismus der abendländischen Werteordnung hat eine lächerliche Seite. An der Ermessensfreiheit von Chefredakteuren, Karikaturen eines Religionsstifters abzudrucken, soll unser aller Freiheit und Lebenskultur hängen? Die ungehinderte Freiheit, über den Abgott fremder Gläubiger zu grinsen, soll der Wert sein, der unsere aufgeklärte Neuzeit vom finsternen Mit-

Die SG veranstaltet regelmäßig einmal im Monat mittwochs einen Diskussionstermin. Näheres unter [www.sozialistischegruppe.de](http://www.sozialistischegruppe.de)

## Meinungsfreiheit

Dass der Staat seinen Bürgern Meinungsfreiheit gewährt, gilt als eines der Gütesiegel der Demokratie: man *darf* eine Meinung haben und man *darf* diese auch äußern!

Merkwürdig ist dieses Lob einer *Erlaubnis* schon. Denn zum einen hat man seine Meinung so oder so und dies kann auch niemand und nichts verbieten. Und dem Umstand, dass man seine Meinung auch äußern darf, lässt sich auch nur im Vergleich mit Zuständen etwas abgewinnen, in denen schon die bloße Meinungsäußerung verboten ist. Für sich betrachtet beweist das Recht auf Meinungsfreiheit nur, dass auch der demokratische Staat schon das freie Meinen seiner Bürger für ein Problem hält, auf das er aufpassen muss. Warum sonst erklärt er es zu einer Frage seiner *Gewährung*?

Aber nicht nur dies könnte einen gegenüber der viel gelobten Meinungsfreiheit stutzig machen. Indem der demokratische Staat seinen Bürgern die grundsätzliche Freiheit gewährt, sich zu äußern, erklärt er nicht nur von sich aus alles Geäußerte als gleich berechtigt und gleich gültig. Er erklärt damit auch diesen Standpunkt zur allein gültigen Maxime, an die sich seine Bürger im Meinungsstreit zu halten haben: sie müssen sich wechselseitig als Subjekte respektieren, die ein Recht auf ihre freie Meinung haben. Für einen vernünftigen Meinungsstreit ist das ein absurdes Gebot. Schließlich geht es da nicht um Respektsbezeugungen, sondern um die mit Argumenten zu betreibende Klärung der in Rede stehenden Sache. Wofür ist dann aber die mit dem Recht auf freie Meinung erlassene staatliche Vorgabe fürs freie Meinen gut? Aufschluss darüber gibt es

**am Mittwoch, 03. Mai 2006 um 20.00 Uhr  
im Gebäude des Sprecherrats, Turnstr. 7 (1.OG), Erlangen**

Ganz nebenbei gibt es sicher noch ein paar Auskünfte über die schöne Diskussionskultur im Reich der demokratischen Meinungsfreiheit. Warum wird da, nachdem jemand seine Meinung dargelegt hat, immer noch mal versichert: „das ist *meine* Meinung.“ Oder: Warum ist die schlichte Feststellung „Das ist *deine* Meinung!“ schon so etwas wie Kritik?

telalter trennt? Das soll sie sein – die Vernunft? Inmitten einer Welt, deren alltäglicher Gang von privaten Investitionsentscheidungen bestimmt und deren Ordnung durch die strategischen Entscheidungen von Befehlshabern über Atomwaffen definiert wird, soll alles darauf ankommen, dass Pressezeichner ihre Auftragsarbeiten so erledigen können, wie es ihnen in den Sinn kommt und ihr zahlungskräftiger Auftraggeber es haben will?

Auf der anderen Seite liegen die aufgeregten Anwälte der Meinungsfreiheit mit ihrer lächerlichen Prinzipienreiterei allerdings ganz richtig: Die idealisierende Beschwörung des demokratischen Verfassungsgrundsatzes der Meinungsfreiheit schärft die Konturen des *Feindbilds* von der Intoleranz im tiefsten Mittelalter verharrender Muslime, die der freie „Westen“ als den Sumpf des islamistischen Terrorismus ausgemacht hat. Deswegen hat er sich den Missionsauftrag erteilt, diesen Sumpf trocken zu legen. Der zurecht konstruierte Grundsatzstreit spiegelt gerade in seinen Übertreibungen die grundsätzliche *Feindschaft* wider, die die verbündeten Weltordnungsmächte antiwestlichen Widerstandsnestern in der islamischen Weltregion angesagt haben und in die sie die dortige Herrschaftsordnung und die – demokratisch gesehen – unsittliche Verfassung der dortigen Gesellschaften einbeziehen. Da dient der Fetisch der Pressefreiheit als denkbar passendes ideologisches Banner für das „Kreuzzug“-Ethos der imperialistischen Aufräumaktion, die die USA und deren willige wie weniger willige Helfer sich für die Gegend vorgenommen und auf die weltpolitische Tagesordnung gesetzt haben. Mit dem bloßen Deuten auf *Meinungsfreiheit* und *Toleranz* wird – Widerspruch kann nicht toleriert werden – auf die Überlegenheit „unseres“ Systems gepocht, umgekehrt disqualifizieren sich alle, die dagegen verstoßen, als „Feinde der Demokratie“ und darüber hinaus als Gegner und Verhinderer des „zivilisatorischen Fortschritts“ überhaupt – sind also höchst gefährlich.

Dieser Vergleich zwischen den Verhältnissen im „Westen“ und denen im islamischen „Krisenbogen“ vergleicht nichts, sondern erhebt Verfahrensweisen bürgerlich-demokratischer Herrschaft in ihrer idealisierten Fassung zur absoluten Norm, vor der sich die Herrschaftspraxis in den angefeindeten orientalischen Staaten als Abgrund an Bosheit blamiert. Dieser offensiv selbstgerechte Blick auf die Welt ist die Produktivkraft für ein Feindbild, das den Ideologien des Gegners an moralischem *Fundamentalismus* nicht nachsteht. Er taucht die angesagte Feindschaft in das idealisierende Licht einer Mission gegen die Unfreiheit, als ob sie ihren Grund in der Unvereinbarkeit der „Kulturen“ und der „Befreiung“ der Muslime von der Bevormundung durch intolerante Hassprediger und von „mittelalterlicher Theokratie“ hätte. Die wirkliche Feindschaft des „Westens“ hat allerdings ganz andere Gründe – das zeigt sich schon daran, dass er mit islamischen Herrschaften, die, wie z. B. das saudische Königshaus, Staat und Religion

überhaupt nicht trennen wollen, ganz gut leben konnte, solange sie ihre frommen Völker mit islamischer „Indoktrination“ und „diktatorischer“ Gewalt gegen den jahrzehntelangen oberhoheitlichen und ausbeuterischen Zugriff des Westens ruhig halten konnten. Der „Kampf der Kulturen“ zwischen Okzident und Orient – zwischen aufgeblasener Feier der Meinungs- und Pressefreiheit hier und randalierender religiöser Gekränktheit dort – tut allerdings trotzdem gute Dienste für den Kampf des „Westens“ gegen seine Feinde in der islamischen Welt: Weit entfernt davon, sich und ihr Publikum über die Gründe für die *Feindschaft* der imperialistischen Ordnungsmächte gegen Abweichler in der „3. Welt“ und umgekehrt der islamistischen Oppositionellen aufzuklären, die aus einer Position der Ohnmacht heraus mit dem Mittel des Terrors gegen die westliche Übermacht kämpfen, verfertigen die Aufklärer in den Ländern der Freiheit aus dem ohnmächtigen *Hass* vieler Betroffener dort ein lebendiges *Feindbild* von „denen da unten“: So verbreiten und festigen sie die Überzeugung, dass es höchste Zeit sei, eine ganze Weltgegend „zur Räson zu bringen“.

**ES GEHT AUFWÄRTS – DIE SOZIALE FRAGE..**  
Fortsetzung von Seite 3, Spalte 4 unten

bescheidenere Renten angekündigt sind, ist das erstens sowieso besser als gar nichts. Und zweitens kann jedem mitdenkenden Bürger klar sein, dass der Bedarf an mutigen Sozialreformen noch lange nicht gedeckt ist. Die neue Regierung verspricht jedenfalls dran zu bleiben, an der „Lösung der großen sozialen Probleme unserer Gesellschaft“, von denen allerdings niemand so recht wissen will, wem er sie eigentlich verdankt.

\*

Ein unerwünschter Expertenbeitrag zum Thema „Rente und Langlebigkeit“ soll schließlich nicht unerwähnt bleiben. Der Fachmann und neue SPD-Abgeordnete Lauterbach hat ermittelt, dass ein linearer Zusammenhang zwischen Lohn- und nachfolgender Rentenhöhe und Rentenbezugsdauer besteht: Arme sterben früher, fallen der Rentenkasse also weniger lange zur Last als Besserverdienende. Hier sieht der Mann eine Gerechtigkeitslücke – nein, selbstverständlich nicht in der Armut und deren natürlicher Todesfolge; Man ist schließlich Sozialdemokrat. Ungerecht ist das Beitrags-Ertrags-Verhältnis: Mit ihrer Kurzlebigkeit subventionieren die Geringverdiener versicherungsmathematisch die Rente der Reichen. Das sollte man ändern! Klar: Dann lohnt sich das vorzeitige Ableben wenigstens, rückwirkend. Eigentlich schade: Niemand aus der Koalition will von dem schönen Vorschlag etwas wissen. Aber dafür dürfen Dachdecker und alle ändern mit 45 Beitragsjahren doch auch in Zukunft schon vor ihrem 67. Geburtstag ihren fetten Ruhestand antreten.

**Nachdruck aus GEGENSTANDPUNKT 1-06**  
Im Buchhandel erhältlich